

Erscheint wöchentlich drei Mal  
und zwar Dienstag, Donnerstag  
und Sonnabend (Vormittag).  
Abonnementspreis beträgt  
vierteljährlich 1 Mark 20 Pf.  
prænumerando.

# Anzeiger

## für Zwönitz und Umgegend. Amtsblatt

für den Stadtgemeinderath, den Kirchen- und Schulvorstand zu Zwönitz.

Verantwortlicher Redacteur: Bernhard Ditt in Zwönitz.

Inserate werden bis spätestens  
Mittags des vorhergehenden  
Tages des Erscheinens erbeten  
und die Corpusspaltenselle mit  
10 Pf., unter „Eingefandt“ mit  
20 Pf. berechnet.

N<sup>o</sup> 144.

Donnerstag, den 11. December 1879.

4. Jahrg.

### Tagesgeschichte.

**Deutschland.** Berlin, 8. December. Der Kaiser soll den von der Eisenbahncommission des Abgeordnetenhauses mit Bezug auf die Verstaatlichung verschiedener Privateisenbahnen beschlossenen Garantieforderungen auf Vortrag des Handelsministers Maybach seine Zustimmung bereits erteilt haben. Man erwartet daher, daß der Minister bei Beginn der zweiten Lesung der Eisenbahnvorlagen die entsprechende Erklärung abgeben wird. Die zweite Lesung beginnt, nachdem heute die Fraktion die Vorlage berathen und Stellung zu ihnen genommen haben, morgen, und sind für dieselbe drei respective vier Tage in Aussicht genommen. Der zweiten Berathung wird die dritte auf dem Fuße folgen, damit das Herrenhaus noch vor den Weihnachtsferien, die am 20. d. M. eintreten, die Vorlagen erledigt. Wiewohl der Vorsitzende der Eisenbahncommission des Herrenhauses, der frühere Finanzminister Camphausen, nicht zu den Freunden des Verstaatlichungssystems der Eisenbahnen gehört, so unterliegt es doch keinem Zweifel, daß sowohl die Commission, als das Plenum des Herrenhauses die Vorlagen acceptiren werden, obgleich dort von einflussreicher Seite gegen die Annahme der Vorlage, betreffend die Hannover-Altenbekenner Bahn, Widerspruch erhoben wird. In Abgeordnetenkreisen macht man sich darauf gefaßt, daß nach Neujahr dem Landtage außer dem Ankauf der Rheinischen Eisenbahn auch der der Potsdam-Magdeburger vorgeschlagen werden wird. Ja, man will sogar wissen, daß auch der Vertrag mit der Berlin-Anhalter Eisenbahn, dessen Perfection in Kürze entgegensehen wird, zur Vorlage an den Landtag noch für diese Session in Aussicht genommen ist.

— Im preussischen Abgeordnetenhaus wurde in voriger Woche bei den Strafanstalten, deren Zahl wieder vermehrt werden soll, im Allgemeinen über das Gefängnißwesen debattirt. Die Abgg. v. Uechtritz, Windthorst und Stroffer betonten die Nothwendigkeit, daß die wegen politischer und Preßvergehen Bestraften nicht mit den gemeinen Gefangenen, wie Dieben, Räubern zc. gleichbehandelt würden. Abg. Stroffer jagte: „Man behandelt jetzt den gemeinen Verbrecher milde, um den politischen hart behandeln zu können.“ Nur der liberale Abg. Götting sprach gegen diese Scheidung zwischen politischen und gemeinen Verbrechern. Abgg. v. Uechtritz und Stroffer verlangen neben der Zuchthausstrafe auch die Prügelstrafe. Sehr anerkennend sprach sich der letztere Abgeordnete über die Sorgfalt aus, mit welcher vom Minister des Innern die Pflege der Seelsorge in den ihm unterstellten Gefängnissen gehandhabt werde. Von den unter dem Justizminister stehenden Gefängnissen scheint man ein Gleiches nicht sagen zu können. Weiter kamen am Sonnabend die Statsberatungen zur Fortsetzung. Abg. v. Meyer-Arnswalde rügte es, daß die Summe, welche zum Ankauf von Forstländereien und Aufforstungen verwendet worden sei, um drei Millionen geringer wäre, als der Erlös aus dem Verkauf von Domänen. Das staatliche Immobilien-Vermögen würde auf diese Weise vermindert und der Staat zehre vom Capital. Der Minister Lucius versicherte dagegen, die Regierung sei bemüht, jede geeignete Gelegenheit zur Erweiterung und Arrondirung der Staatsforsten zu benutzen.

— Die Verhandlungen wegen Verlängerung des deutsch-österreichischen Handelsvertrages, sowie darüber, was eventuell in der vertragslosen Zeit zu geschehen habe, werden auf diplomatischem Wege geführt. Die österreichischen Commisare werden deshalb nicht hierher zurückkehren, sondern erst im Januar zu den Verhandlungen über den Abschluß eines definitiven Handelsvertrags hier wieder eintreffen.

Strasburg, 8. Decbr. Die heute als Publikationsorgan der Landesverwaltung an Stelle der „Strasburger Ztg.“ erschienene „Elsäß-Lothringische Ztg.“ schreibt an der Spitze des nichtamtlichen Theiles: „Nachdem mächtige Ereignisse die Geschichte Elsäz-Lothringens

mit denen des deutschen Reiches unauflöslich verbunden haben, kann die Förderung der Landesinteressen nur von der Basis aus erfolgen, daß die Wiedervereinigung des Landes mit dem übrigen Deutschland nicht nur als eine vollendete, sondern auch als eine unumstößliche Thatsache betrachtet wird. Diesem leitenden Gedanken wird die Haltung der „Elsäß-Lothringischen Ztg.“ entsprechen.“

**Oesterreich-Ungarn.** Wien, 9. Dec. Die Commission des Herrenhauses hat den vom Abgeordnetenhause abgelehnten § 2 der Wehrvorlage, betreffend die 10jährige Verlängerung des Wehrgesetzes, einstimmig wieder hergestellt.

**Frankreich.** Paris, 7. Dec. Es ist nicht viel von der gestrigen Sitzung der Deputirtenkammer zu sagen. Man nahm ohne viel Debattirens eine Anzahl von Gesetzvorschlägen, die aus der Initiative der Landesvertreter hervorgegangen sind, in vorläufige Erwägung, so namentlich einen Vorschlag über die Revision der Criminalproceße, einen andern über die Organisation der Museen und industriellen Schulen, und einen Vorschlag des Deputirten Charvoix, wonach die jetzige Jagdgesetzgebung umgestaltet und der Erlös aus den Jagdscheinen durch eine Abgabe auf die Jagdgewehre ersetzt werden soll. Nach dieser Arbeit vertagte sich die Kammer bis zum nächsten Donnerstag. Gambetta ermahnte noch einmal die Commissionen und Berichterstatter sehr eindringlich, sich mit der Vollendung der Vorlagen, die sie in Händen haben, zu beeilen.

**Rußland.** Moskau. Es kann jetzt keinen Zweifel mehr unterworfen werden, daß das Moskauer Attentat seit längerer Zeit vorbereitet und daß eine Reihe von Verschworenen dabei beschäftigt gewesen sein muß. Ja, es liegt sogar sehr klar vor, daß die Vorbereitungen von wissenschaftlich gebildeten Leuten ausgegangen sein müssen. Namentlich kann die Legung der Mine nur von ganz besonders kundigen Personen bewerkstelligt sein. In einer Tiefe von 3 Arschin unter der Erde eine 22 Faden lange Galerie anzulegen, eine bedeutende Masse von Explosionsstoff anzusammeln (gegen 3—4 Pud Pulver), einen Explosionsherd zu errichten, Zünder zu construiren und überdies mit der galvanischen Batterie mit Verständnis umzugehen — das erfordert Kenntnisse, die nicht Jedermann hat. Eine Minengalerie von 22 Faden, mit einer Eingangsröhre von 3 Faden, und bei einem dreieckigen Profil der Galerie von 2 Arschin Höhe und  $\frac{3}{4}$  Arschin Breite verlangt die Ausgrabung einer Erdmasse von 3 Kubikfaden, im Gewicht von 3000 Pud. Um diese an die Oberfläche zu schaffen, sind 270 Stunden erforderlich mit drei Arbeitern, von denen jeder abwechselnd vier Stunden arbeitet. Die Explosionsstelle ist mit Ziegeln gefüttert, wozu ca. 12,000 Stück Ziegel gehören, zu deren Herbeischaffung nicht weniger als 50 Fuhrn nothwendig sind. Die Arbeiten müssen durch einen sehr fähigen Ingenieur geleitet sein, ohne dessen Anleitung schwere Fehler gemacht worden wären. Daß diese Arbeit mit großem Geschick ausgeführt war, geht daraus hervor, weil sonst die Bahn nothwendig hätte einstürzen müssen. Die Explosion soll durch eine Nitroglyzerinart erfolgt sein.

### lokales und Sächsisches.

— Von Ihrer Majestät der deutschen Kaiserin sind dem Directorium des Albertvereins 500 Mark mit der Bestimmung überwiesen worden, daß durch dasselbe dieser Betrag den Hinterbliebenen der bei der Zwickauer Katastrophe Verunglückten zu Gute kommen solle. Auf Anordnung Ihrer Majestät der Königin ist, wie das „Dr. Z.“ mittheilt, die bemerkte Summe sofort an den Vorstand des Albert-Zweigvereins in Zwickau gesendet worden, damit sie durch diesen, ihrer Bestimmung gemäß, verwendet werde.

Dresden, 9. Dec. Der gestrigen Sitzung der 2. Kammer ging ein Gesetzentwurf, betreffend die Tagegelder und Reisekosten der Civilstaatsdiener, zu, welchen dieselbe der Gesetzgebungsdeputation überwies. Ebendahin verwies man einen Antrag des Vicepräsidenten